

**Mannheimer  
Montag-  
mittag-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Die neue Frontenbildung Rußlands  
und des Westens im Südkaukasus**

Egbert Jahn

3. November 2008

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn  
Universität Mannheim  
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung  
D-68131 Mannheim  
Tel.: +49-621 181 2842, 3302  
Fax: +49-621 181 2845  
allgemeine E-mail: [Egbert.Jahn@mzes.uni-mannheim.de](mailto:Egbert.Jahn@mzes.uni-mannheim.de)  
Vorlesungs-E-mail: [streitfragen@uni-mannheim.de](mailto:streitfragen@uni-mannheim.de)  
[www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html](http://www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html)

## **Zusammenfassung**

Der kurze Krieg um Südossetien und Abchasien zwischen Georgien und Rußland Anfang August hat erneut die Kriegsträchtigkeit und die internationale Brisanz lokaler „eingefrorener Konflikte“ demonstriert. Er hat die politische Lage im Kaukasus drastisch verändert, erneut ethnische Vertreibungen ausgelöst und die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen erheblich getrübt, so daß zeitweilig von einem neuen „kalten Krieg“ geredet wurde. Nachdem Rußland im Verlaufe des Krieges die territoriale Einheit der beiden De-facto-Staaten in den Grenzen, die von der frühen Sowjetmacht in den 1920er Jahren festgelegt worden waren, hergestellt und die Unabhängigkeit der beiden Staaten anerkannt hatte, ist eine neue Frontlinie zwischen dem Westen und Rußland im Entstehen. Sollten die Pläne, Georgien in die NATO aufzunehmen, in nächster Zeit verwirklicht werden, werden Truppen des Westens und Rußlands auch in dieser Region in unmittelbarer Nachbarschaft stationiert sein. Die neue Grenzlinie ist besonders prekär, da der Westen auf der territorialen Integrität Georgiens beharrt, die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens nicht anerkennt und somit von einer rechtswidrigen Präsenz rußländischer Truppen auf dem NATO-Gebiet sprechen müßte.

Rußland hatte schon lange vor der absehbaren Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch die meisten westlichen Staaten, die sogleich nach der förmlichen Unabhängigkeitserklärung des kosovarischen Parlaments am 17. Februar 2008 erfolgte, gewarnt, daß es seinerseits mit einer Anerkennung Südossetiens und Abchasiens reagieren könne. Während die westliche Anerkennung der Separation Kosovos völkerrechtswidrig sei, sei hingegen eine Anerkennung Südossetiens und Abchasiens mit dem Völkerrecht vereinbar. Dennoch zögerte Rußland in den folgenden Monaten, diesen Schritt zu gehen.

Erst nach dem Angriff Georgiens auf Südossetien am 7. August ging Rußland zum militärischen Gegenangriff über, erkannte die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an und ließ sich von beiden zu einer stärkeren Truppenpräsenz in beiden Gebieten einladen, nachdem die EU einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Georgien vermittelt hatte. Nunmehr stellen sich folgende Fragen. Wollen die westlichen Staaten ein teilweise von rußländischen Truppen besetztes Land in die NATO aufnehmen? Werden der Westen und Rußland längerfristig bereit sein, wechselseitig die Unabhängigkeit „ihrer“ De-facto-Staaten Kosovo, Südossetien und Abchasien anzuerkennen? Werden beide Seiten willens sein zu verhindern, daß diese drei Anerkennungsakte zu Präzedenzfällen für die anderen De-facto-Staaten in Europa und in der Welt werden? Und welche Folgen hat die neue Lage für das nunmehr endgültig geopolitisch isolierte Armenien?

## **1 Das vorübergehende Auftauen der „eingefrorenen Konflikte“ in Georgien durch einen Fünftagekrieg**

Eingefrorene Konflikte sind kriegsträchtig. Das hat sich wieder einmal in dem Fünftagekrieg vom 7.–12. August dieses Jahres zwischen Georgien und Rußland unter Beteiligung südossetischer und abchasischer bewaffneter Verbände gezeigt. Der Krieg hat den Konflikt nicht gelöst, aber die Konfliktlage drastisch verändert und eine neue Frontlinie zwischen dem Westen und Rußland geschaffen. Der Westen hat politisch-moralisch eindeutiger als zuvor Partei für Georgien und seinen Anspruch auf Wiederherstellung der territorialen Integrität ergriffen. Am 3. April hatte er in Bukarest Georgien eine Mitgliedschaft in der NATO in Aussicht gestellt, es aber auf Betreiben Frankreichs und Deutschlands noch abgelehnt, Georgien und die Ukraine sogleich in den Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) zur Vorbereitung der Mitgliedschaft aufzunehmen. Im Dezember dürften hierzu heftige Debatten im NATO-Rat anstehen.

US-Außenministerin Rice plädiert nun mit einem doppelt abwegigen Vergleich für die Aufnahme Georgiens in NATO nach dem Vorbild der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland, die seinerzeit die Wiedervereinigung mit der DDR beansprucht habe. Erstens hat Bonn nicht zweimal vergeblich versucht, Pankow und Leipzig militärisch zu erobern und zweitens streben die Abchasen und die Südosseten nicht nach einer Wiedervereinigung mit Tiflis wie die Ostberliner und Sachsen mit Bonn. Saakaschwili erklärte eindeutig auf die Frage des „Spiegel“ (18.8.2008), ob die Südosseten und Abchasen nach diesem Krieg überhaupt noch etwas mit Georgien zu tun haben wollen: „Es geht nicht darum, ob sie zu uns zurückkommen, sondern darum, daß wir zu ihnen kommen; diese Gebiete gehören alle zu Georgien.“

Rußland hat nach dem Krieg die Unabhängigkeit der De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien anerkannt und sogleich militärische Beistandspakte mit beiden Staaten abgeschlossen, die es ihm erlauben, verstärkt in den beiden Staatsgebieten mit je 3.800 Mann und schweren Waffen militärisch präsent zu sein. Sollte Georgien in Bälde in die NATO aufgenommen werden, so ergäbe sich die brisante Situation, daß rußländische Truppen nach westlicher Ansicht widerrechtlich auf NATO-Boden stationiert wären, die NATO wiederum nach Rußlands Ansicht widerrechtlich zwei unabhängige, souveräne Staaten und Bündnispartner Rußlands in ihrer Existenz bedrohe. Die NATO und Rußland hätten damit nicht nur eine neue gemeinsame Grenze wie an vielen anderen Stellen, so schon lange in der Beringstraße oder in Nordnorwegen und seit jüngerer Zeit zwischen Polen, den baltischen Staaten und Rußland, sie hätten dann einen offenen Streit um einige tausend qkm Gebiet. Georgien könnte dann versucht sein, die NATO in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. „Der Spiegel“ meinte richtig: „Es ist

die Zeit für eine geschickte Diplomatie, denn der Konflikt um das kleine Georgien kann 20 Jahre Annäherung zwischen Russland und dem Westen entwerten oder auslöschen.“

Vor dem Fünftagekrieg war die Situation noch offener. Rußland hatte im Prinzip noch die territoriale Integrität Georgiens anerkannt, obwohl es faktisch die Sezession Abchasiens und Südossetiens ermöglicht und abgesichert hatte. Die USA hatten zwar durch Ausbilder und Materiallieferungen die Modernisierung der georgischen Streitkräfte betrieben und die NATO-Mitgliedschaft Georgiens befürwortet, aber viele europäische Regierungen, vor allem die der größeren Länder, warnten wegen des absehbaren Konflikts mit Rußland vor einer neuen NATO-Osterweiterung, die wegen der „eingefrorenen Konflikte“ in Georgien und auch wegen der unsicheren Lage im rußländischen Nordkaukasus viel stärker rußländische Sicherheitsinteressen beeinträchtigen werde, als die früheren Osterweiterungen.

Nach dem Fünftagekrieg und der Anerkennung der beiden De-facto-Staaten durch Rußland, einem Schritt, dem sich bislang nur Nicaragua, aber nicht seine eigenen Bündnispartner in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) angeschlossen haben und dem gegenüber sich auch die Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit reserviert verhalten, haben sich die Kompromißmöglichkeiten drastisch verringert, sind die Fronten zwischen den Konfliktparteien weit mehr verfestigt als zuvor. Georgien trat selbstredend gleich nach dem Krieg, am 14. August, aus dem postsowjetischen Bündnis GUS aus. Es ist kaum noch vorstellbar, daß ein intaktes, ökonomisch und militärisch wieder erstarktes Rußland seine Anerkennung Südossetiens und Abchasiens revidiert und seine Truppenpräsenz südlich des Kaukasuskammes beendet. Sollten die USA auch unter einem neuen Präsidenten nachdrücklich die Aufnahme Georgiens in die NATO betreiben, so dürfte der Widerstand Deutschlands, Frankreichs und anderer einflußreicher europäischer Staaten dagegen schwächer als zuvor sein, es sei denn, in den nächsten Wochen setzt sich die von der OSZE und westlichen Geheimdiensten übermittelte Erkenntnis durch, daß der georgische Präsident Micheil Saakaschwili am 7. August um 22.30 Uhr den Krieg mit einem Bombardement und später einem Einmarsch in Südossetiens Hauptstadt Zchinwali vom Zaun brach und seine Behauptung, umfangreiche rußländische Panzerverbände seien zuvor durch den Roki-Tunnel in Südossetien eingerückt, schlicht falsch war. Zu Beginn des Krieges, um 23 Uhr, ließ Saakaschwili vollmundig verkünden, die georgischen Truppen verfolgten das Ziel der „Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Südossetien“. Seit seinem Amtsantritt im Jahre 2004 hatte er wiederholt von einer militärischen Rückeroberung Abchasiens und Südossetiens gesprochen. Während des Krieges und in seiner Nachfolge verschlechterte sich das politische Klima zwischen dem Westen und

Rußland drastisch. Es wurde viel über einen neuen „kalten Krieg“ zwischen dem Westen gesprochen und Rußland erneut als imperialistisch, expansionistisch und kriegerisch aggressiv dargestellt, das nun auch die Ukraine und die baltischen Länder bedrohe, in denen eine angebliche Drangsalierung großer russischer Minderheiten als Vorwand für eine Intervention dienen könnte. Rußland seinerseits zögerte nicht mit der Drohung vor harten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gegenmaßnahmen, sollte der Westen die „Aggression und den Genozid Georgiens“ gegen seine rußländischen Staatsangehörigen in Südossetien und Abchasien durch Sanktionen unterstützen. Bekanntlich hatten in den letzten Jahren über 90 Prozent der Abchasen und Südosseten die rußländische Staatsangehörigkeit erhalten. Vornehmlich Politiker aus den neuen EU- und NATO-Mitgliedstaaten forderten die unverzügliche Aufnahme der Ukraine in die NATO, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dies nicht begrüßen würde und viele ukrainische Politiker eher bemüht waren, Rußland zu besänftigen. Die Kontroverse über eine Beurteilung der rußländischen Intervention in Georgien trug sogar maßgeblich zum Platzen der Regierungskoalition zwischen den Parteien des Staatspräsidenten Wiktor Juschtschenko und der Ministerpräsidentin Julija Timoschenko am 3. September bei und stürzte damit die ukrainische Demokratie erneut in eine Krise. Der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat Senator John McCain ließ sich sogar zur Forderung hinreißen, die USA sollten Tschetschenien als unabhängigen Staat anerkennen und Rußland solle aus der Gruppe der führenden Wirtschaftsstaaten G 8 ausgeschlossen werden und keinen Beitritt zur Welt handelsorganisation WTO erhalten. Mit dem Ausruf „Wir sind alle Georgier“ beschwor er einen Schulterschuß mit Georgien.

Alle drei Seiten, Rußland mit seinen neuen Verbündeten, Georgien und die westlichen Staaten, stellten nicht nur den Beginn und Verlauf des Krieges, sondern auch seine Vorgeschichte völlig gegensätzlich dar. Rußland und Georgien bezeichneten sich gegenseitig als Aggressoren. Erst rund einen Monat später, als sich auch in Georgien oppositionelle Kritik an der Kriegspolitik des Präsidenten Saakaschwili bemerkbar machte, begannen manche westliche Politiker die Situation differenzierter zu betrachten.

Die Entstehung des Abchasien- und des Südossetienkonflikts war bereits vor 14 Monaten Gegenstand einer Montagsvorlesung.\* Sein Kern ist nach wie vor die Frage, ob die territoriale Integrität des international anerkannten Staates Georgien oder das Selbstbestimmungsrecht des abchasischen und des südossetischen Volkes Vorrang haben soll. Die historische Herlei-

---

\* Neue Perspektiven für die „eingefrorenen Konflikte“ im Südkaukasus durch die „Europäische Nachbarschaftspolitik“?, abgedruckt in: Egbert Jahn, Politische Streitfragen, Wiesbaden 2008, S. 200-216.

tung dieses Konflikts soll deshalb hier nicht wiederholt werden. Nur noch einmal zur Erinnerung: Abchasien hat eine Fläche von 8.700 qkm und ca. 230.000 Einwohner, Südossetien 3.900 qkm und ca. 70.000 Einwohner. Südossetien strebt eine Vereinigung mit Nordossetien, damit mit Rußland an; denn Nordossetien ist eines der nationalen Föderationssubjekte Rußlands. Südossetien ist mit Nordossetien aber nur durch schwer überwindbare Pässe des hohen Kaukasusgebirges sowie durch den Roki-Tunnel verbunden. Abchasien strebt eher nach dauerhafter Unabhängigkeit, auch wenn es völlig von Rußland abhängig ist und fast alle seine Bürger wie die Südosseten auch die rußländische Staatsangehörigkeit besitzen. Abchasien hat eine lange Küste am Schwarzen Meer, die früher ein beliebtes Touristengebiet war, besitzt also eher als Südossetien Voraussetzungen für eine dauerhafte Unabhängigkeit. In Abchasien leben nach der Vertreibung und Flucht der meisten Georgier außer den Abchasen auch noch viele Armenier, Griechen, Russen und andere ethnische Gruppen, die sich im Unabhängigkeitskrieg 1992-1994 mit den Abchasen gegen die Georgier verbündet hatten.

Nach dem Waffenstillstand vom 14. Mai 1994 wurde eine aus 1.500 rußländischen Soldaten bestehende Friedenstruppe der GUS in Abchasien stationiert. Der Waffenstillstand wurde außerdem von 121 Personen der United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) überwacht. Im Juli 2006 eroberten georgische Truppen das obere Kodori-Tal und installierten in dem Ort Tschchalta eine eigene Regierung für Abchasien. Demgegenüber wurde in Südossetien nach dem Waffenstillstand vom 24. Juni 1992 eine Friedenstruppe aus Russen, Georgiern, Süd- und Nordosseten und eine Gemeinsame Kontrollkommission gebildet, was faktisch zur Entstehung georgisch kontrollierter Enklaven in einem großenteils von Rußland und der von ihm gestützten südossetischen Regierung Eduard Kokoity beherrschten Land führte. Der Waffenstillstand wurde zusätzlich von der OSZE durch lediglich sechs Mann überwacht. Die Georgier bildeten im Mai 2007 in dem Dorf Kurta eine eigene südossetische Regierung unter Dmitri Sanakojew. An beiden Grenzen der De-facto-Staaten kam es wiederholt zu Schießereien, die mehrere Menschenleben kosteten. Seitdem es im vorigen Jahr absehbar war, daß der Westen eine Unabhängigkeitserklärung Kosovos anerkennen würde, veränderte sich die Konfliktsituation in Georgien in mehreren Schritten und bereitete einen neuen Krieg vor.

## **2      **Priorität der territorialen Integrität oder des Status quo nach dem Waffenstillstandsvertrag von 1992****

Noch am 15. April d. J. bekräftigte der VN-Sicherheitsrat mit der Stimme Rußlands in seiner Resolution 1808 „das Bekenntnis aller Mitgliedstaaten zur Souveränität, Unabhängigkeit und

territorialen Unversehrtheit Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen“ und seine Absicht, eine Regelung des georgisch-abchasischen Konflikts „mit ausschließlich friedlichen Mitteln und im Rahmen der Resolutionen des Sicherheitsrates“ zu fördern. Rußland änderte seine Haltung erst, nachdem Georgien Südossetiens Hauptstadt bombardiert und dabei viele Zivilisten und auch rußländische Soldaten der Friedenstruppe getötet hatte. Rußland sprach nun von einem georgischen Genozid an seinen Staatsangehörigen in Südossetien, dem bereits gleich zu Beginn 2.000 Menschen zum Opfer gefallen seien. Erst Wochen später wurde die Zahl auf 134 korrigiert. Zehntausende Südosseten seien in wenigen Stunden nach Rußland geflüchtet. Zur Unterbindung des Völkermords und der Aggression seien anschließend rußländische Truppen in voller Übereinstimmung mit Artikel 51 der VN-Charta nach Südossetien und weiter nach Kerngeorgien in die Städte Gori, Poti und in den georgischen Truppenstandort Senaki vorgerückt, habe seine Bürger vor weiterem Völkermord geschützt und eine Pufferzone jenseits der Grenzen Südossetiens und Abchasiens eingerichtet.

Auf Vermittlung der EU wurde dann am 12. August ein neuer Waffenstillstand vereinbart. Vorher vertrieben unter dem Schutz rußländischer Truppen südossetische Bewaffnete die noch in einigen südossetischen Dörfern lebenden Georgier und brachten viele von ihnen um. Außerdem besetzten abchasische Truppen am 12. August das obere Kodori-Tal, aus dem die georgischen Truppen und Zivilisten nach Kämpfen an der abchasisch-georgischen Grenze geflüchtet waren. Rußland erklärte sich bereit, bis zum Oktober aus der Pufferzone abzuziehen, sofern eine Beobachtergruppe der EU in ihr dafür Sorge, daß Georgien dort keinen neuen überraschenden Angriffskrieg gegen Südossetien oder Abchasien vorbereite. Am 26. August schließlich sprach der rußländische Präsident Dmitri Medwedew nach Beschlüssen der beiden Parlamentskammern die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden Kleinstaaten mit der Begründung aus, daß der Überfall der georgischen Führung auf Zchinwali, die Hauptstadt Südossetiens, „Hundertern friedlichen Mitbürgern den Tod gebracht“ und Abchasien das gleiche Schicksal gedroht habe, nämlich ein Völkermord wie in Südossetien. „In Anbetracht der freien Willensäußerung des ossetischen und des abchasischen Volkes, nach Bestimmungen der UNO-Charta und der Deklaration über die Prinzipien des internationalen Rechts von 1970 sowie der Helsinki-Schlussakte von 1975 und anderen grundlegenden internationalen Dokumenten“ habe Rußland nun die Unabhängigkeit der beiden Staaten anerkannt. Schon am 17. September schloß dann Rußland Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit diesen Staaten ab, die am vergangenen Mittwoch von der Staatsduma ratifiziert wurden. Trotz der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens beharrt Rußland weiter-

hin darauf, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch mittlerweile 51 Staaten völkerrechtswidrig sei. Offenbar, um den Westen nicht zusätzlich zu brüskieren, stimmte Rußland am 9. Oktober einer Verlängerung des Mandats von UNOMIG bis zum 15. Februar 2009 zu und erklärte auch die OSZE-Mission der sechs Beobachter in Südossetien nicht für beendet. Aus der Sicht Georgiens hatte Rußland schon seit Monaten die Annexion Südossetiens und Georgiens vorbereitet, nachdem es schon in den Jahren zuvor widerrechtlich den meisten Südosseten und Abchasen die rußländische Staatsangehörigkeit verliehen habe. Nach dem Bukarester Beschluß über die zukünftige Aufnahme Georgiens in die NATO hat Rußland das wirtschaftliche Embargo gegen Abchasien und Südossetien aufgehoben und schließlich im Mai Soldaten zur Instandsetzung der Eisenbahnlinie an der Küste, die früher Rußland mit Georgien verbunden hatte, nach Abchasien entsandt. Rußland versicherte, daß sie unbewaffnet gewesen seien, so daß es sich um keine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens gehandelt habe. Schließlich hat Rußland nördlich des Kaukasuskammes umfangreiche Militärmanöver durchgeführt. Gleichzeitig fanden jedoch in Georgien ebenfalls große Manöver unter Beteiligung von 1.000 US-amerikanischen Soldaten statt. Beide Seiten bereiteten sich offenbar seit April auf einen Krieg vor. Am 7. August sind dann nach georgischer Darstellung umfangreiche, schwer bewaffnete Truppenverbände durch den Roki-Tunnel in Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 1992 nach Südossetien, also in Georgien eingedrungen. Also sei Rußland der Aggressor. Nach internationaler Darstellung erfolgte der rußländische Truppeneinmarsch jedoch erst viele Stunden nach dem georgischen Angriff auf Zchinwali. Viele westliche Regierungen schlossen sich der georgischen Auffassung an, daß Rußland der Aggressor gewesen sei. Andere drückten sich vorsichtiger aus und erklärten, Rußland habe eine Provokation begangen.

Die tatsächlichen Vorgänge sind viel komplexer und müssen in einem größeren politischen Zusammenhang gesehen werden. Schließlich muß auch berücksichtigt werden, daß in den Wochen und Tagen vor dem massiven georgischen Angriff auf Zchinwali zahlreiche Schießereien zwischen Südosseten und Georgiern innerhalb Südossetiens und georgische Attentate in Abchasien stattgefunden hatten, denen mehrere Menschen zum Opfer fielen.

### **3 Der Präzedenzfall der Kosovo-Anerkennung und die schleichende Annexion Südossetiens durch die Gewährung der rußländischen Staatsangehörigkeit**

Der historische Kontext der Zuordnung Abchasiens und Südossetiens zu Georgien durch Stalin in den frühen 1920er Jahren und der Entstehung ihrer territorialen Autonomie wurde be-

reits in der Vorlesung vom 10. September 2007 dargelegt. Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion verlangten die autonomen Territorien einerseits mehr Selbständigkeit, andererseits beseitigte Georgien die Autonomie mit bewaffneter Gewalt und versuchte, einen ethnonationalen Einheitsstaat herzustellen, was wiederum die Unabhängigkeitsbestrebungen Abchasiens und Südossetiens provozierte. Rußlands unterstützte diese militärisch effektiv, aber politisch zurückhaltend, indem es weiterhin die territoriale Integrität Georgiens betonte und schuf sich damit ein Instrument des permanenten Druckes auf Georgien. Tatsächlich gelang es 1993, Georgien in der Regierungszeit Eduard Schewardnadses auf diese Weise zur Mitgliedschaft in der GUS und zum Wohlverhalten gegenüber Rußland zu drängen, das auch die Präsenz rußländischer Truppen in Georgien beinhaltete.

Die georgische Rosenrevolution unter der Führung Micheil Saakaschwilis mit starker Unterstützung aus den USA im Oktober 2003 brachte das prekäre Gleichgewicht zwischen faktischer wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher (Verleihung der rußländischen Staatsangehörigkeit) Integration Südossetiens und Abchasiens in die rußländische Machtsphäre und Anerkennung der territorialen Integrität Georgiens ins Wanken. Dieser Umsturz hatte nicht nur eine demokratische und wirtschaftspolitische Seite, sondern auch eine nationalpolitische. Saakaschwili betonte oftmals, daß er die Einheit Georgiens wiederherstellen wolle, notfalls auch mit militärischer Gewalt. Die Beseitigung der Autonomie Adschariens im Mai 2004 zeigte seine Entschlossenheit. Die Einladung zahlreicher US-amerikanischer Berater zur Modernisierung der georgischen Streitkräfte und die offene Bewerbung um eine Mitgliedschaft in der NATO machten deutlich, daß die rußländische Erpressung Georgiens nicht mehr funktionierte und Rußlands Einfluß in Georgien endgültig verloren zu gehen drohte. Dies bestärkte Rußland in seinem Vorhaben, wenigstens seine minimale Machtposition südlich des Kaukasuskammes in Südossetien und Abchasien zu erhalten und auszubauen.

Die US-amerikanische Bereitschaft, die NATO-Grenze an die schwache Südflanke Rußlands im Kaukasus vorzuschieben und gleichzeitig das Prinzip der Nichtanerkennung separatistischer Bewegungen wie der der Kosovo-Albaner aufzugeben, wenn es der Machtausweitung der USA und des Westens dienlich schien, setzten offenbar einen Kurswechsel in Moskau in Gang. Der Westen und insbesondere die USA schienen zu einer wechselseitigen Anerkennung herkömmlicher Macht- und Einflußsphären nicht bereit. Präsident Putin warnte 2007 mehrmals, eine Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos könne eine Anerkennung Abchasiens und Südossetiens zur Folge haben. Dennoch hielt sich Rußland auch nach diesem Schritt des Westens im Februar mit einer postwendenden Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasi-

ens, Südossetiens und Transnistriens zurück, sei es, weil es die relative Isolation des westlichen Alleinganges in den Vereinten Nationen und die Gemeinsamkeit in dieser Frage mit China, Indien und vielen anderen Staaten ausnutzen wollte, sei es im Wissen, daß Rußland viel weniger Zustimmung zu seinem eigenen Vorgehen im Kaukasus mobilisieren kann als der Westen bei seinem Vorgehen im Kosovo. Schließlich ist die Angst vor einer Präzedenzfall-Wirkung der Anerkennung Kosovos für Taiwan, Tibet und Sinkiang, für Kaschmir, für das Baskenland und Katalonien und Dutzende andere separationswillige Gebiete weit verbreitet. Nicht zuletzt mußte eine Anerkennung der südkaukasischen Separatisten die politisch-moralische, wenn auch nicht die militärische Position gegenüber den Separatisten in Rußland selbst schwächen. Dennoch betrieb Rußland im Verlaufe des Frühjahrs und Sommers die weitere faktische Integration Abchasiens und Südossetiens in die rußländische Machtsphäre durch die erwähnten Schritte der Aufhebung des Embargos gegen die beiden De-facto-Staaten und des Ausbaus der Eisenbahnlinie entlang der Küste vor. Ob es Georgien zu einer Aggression gegen die beiden De-facto-Staaten durch die Militärmanöver im Nordkaukasus provozieren wollte, um einen besseren Vorwand für die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens zu erhalten, muß vorerst ungeklärt bleiben.

Umgekehrt mußte Georgien befürchten, daß Rußland eine schleichende Einverleibung der separierten Gebiete eines Tages durch deren Anerkennung abschließen werde. Es zog Truppen an den Grenzen zu Abchasien und Südossetien zusammen und schickte mehrmals in Israel gebaute Drohnen, also unbemannte Aufklärungsflugzeuge in den Luftraum über Abchasien, wo mindestens drei, nach abchasischen Angaben sieben von ihnen abgeschossen wurden, offenbar durch rußländische Kampfflugzeuge. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen erklärte beides, die Entsendung der Drohnen durch Georgien und deren Abschluß, für Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen und gegen VN-Resolutionen. Die Spannungen im Frühjahr erhöhten sich zusätzlich durch bewaffnete Zwischenfälle in den De-facto-Staaten und an ihren Grenzen. Es spricht viel dafür, daß Georgien hoffte, in einem Blitzkrieg wie seinerseits Kroatien in der Krajina, erst das schwächere Südossetien und dann das stärkere Abchasien zu überrumpeln und Rußland vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das konnte es zweifellos nicht ohne stillschweigende Rückendeckung der USA tun. Zwar erklärte Außenministerin Condoleezza Rice nach dem Krieg, sie hätte Saakaschwili von einem Krieg abgeraten, aber der ungewöhnlich einflußreiche Vizepräsident Richard Cheney und Präsidentschaftskandidat John McCain unterhalten durch ihre Berater Joseph R. Wood und Randy Scheunemann enge Kontakte zu Saakaschwili. Unvorstellbar ist auch, daß die vielen US-

Militärberater nichts von den Kriegsvorbereitungen bemerkten. Zweifellos gab der Krieg in Georgien McCain die Gelegenheit, die sicherheits- und außenpolitische Kompetenz seines Wettbewerbers Barack Obama nochmals zu bestreiten und ihm eine zu sanfte Haltung gegenüber den Feinden der Freiheit und der USA vorzuwerfen. Zeitweise verschaffte der Georgienkrieg McCain tatsächlich einige Punkte in der öffentlichen Meinung. Das beweist natürlich nicht eine US-amerikanische Unterstützung des georgischen Angriffs auf Südossetien. Ob Saakaschwili umgekehrt die restliche Amtszeit George W. Bushs und Cheneys und den Wahlkampf in den USA nutzen wollte, um entweder einen raschen militärischen Erfolg oder zumindest eine Situation herbeizuführen, in der Georgien als Opfer der imperialen Aggression und Expansion Rußlands erscheinen mußte, um Georgien den Weg in die NATO zu bahnen, muß vorerst ebenfalls Gegenstand von Spekulationen bleiben. Unklar muß auch bleiben, ob Saakaschwili wirklich annimmt, eine Mitgliedschaft Georgiens in der NATO verschaffe größere Chancen, Druck auf Rußland zur Räumung Südossetiens und Abchasiens auszuüben. Realistischerweise ist eine NATO-Mitgliedschaft nur mit einem endgültigen Verlust Abchasiens und Südossetiens für Georgien verknüpft, denn die USA und die gesamte NATO können keinerlei Interesse daran haben, sich durch Georgien in eine militärische Konfrontation oder gar einen Krieg um Südossetien und Abchasien ziehen zu lassen. Die abenteuerliche und zugleich militärisch dilettantische Politik Saakaschwilis bleibt rätselhaft. Sein Vorgänger Eduard Schewardnadse kritisierte sarkastisch, daß sein Amtsnachfolger nicht einmal die Fähigkeit besaß, zum Auftakt der georgischen Invasion in Südossetien den Roki-Tunnel sprengen zu lassen, um seine Nutzung durch Rußlands Truppen zu verhindern. Ob selbst das geholfen hätte, das rasche Vordringen rußländischer Truppen vom Westen Georgiens her zur Befreiung Südossetiens von georgischen Truppen zu verhindern, muß allerdings bezweifelt werden.

Ein Alleingang Saakaschwilis ohne Rückendeckung von wesentlichen Teilen der US-Regierung scheint unwahrscheinlich. Sonst hätten die USA nicht im August uneingeschränkt Partei für Georgien ergriffen. Unterschätzten die Regierungen Georgiens und der USA fahrlässig die militärische Fähigkeit und politische Entschlossenheit Rußlands, seine Positionen in der Konfliktregion zu verteidigen und, begünstigt durch den georgischen Angriff vom 7. August, auszubauen? Oder kalkultierten sie die militärische Niederlage Georgiens ein, um Rußland zur Expansion zu provozieren, wohlwissend, daß dessen Kriegführung wie in Tschechien mit Greueln an der Zivilbevölkerung verknüpft sein würde? Sollte dadurch der politisch-moralische Druck auf die zögerlichen europäischen Staaten Europa erhöht werden,

Georgien und dann auch die Ukraine in die NATO aufzunehmen? Letzteres mit dem Argument, daß nach der „Annexion“ Südossetiens und Abchasiens die der Krim folgen könnte.

Nach dem Krieg wurde klar, daß Rußland die Zahl der Opfer des georgischen Angriffs auf Südossetien maßlos übertrieben hat, daß fernerhin Rußlands Truppen selbst mit Gewalttaten gegenüber der georgischen Zivilbevölkerung schuldig wurden und daß sie es zuließen, daß südossetische Milizen in ihrem Rücken grausame Gewaltakte an Georgiern verübten und die übrigen aus dem Land vertrieben. Rußland ließ auch keine Wiederherstellung des militärisch-politischen Status quo ante zu, beseitigte also die vorher noch vorhandenen georgischen Machtpositionen in Abchasien und Südossetien. Die beiden De-facto-Staaten lassen auch mit rußländischer Unterstützung keinen Zugang der EU-Beobachtergruppe auf ihr Territorium zu, sondern begründen ihre Zustimmung zu deren Präsenz im Grenzgebiet Kerngeorgiens mit ihrem Interesse an einer frühzeitigen Warnung vor einer neuerlichen Aggression Georgiens.

#### **4 Dauerhafte Ost-West-Konfrontation oder einvernehmliche Frontbegradigung**

Konnte man vor dem August 2008 noch über mögliche Kompromisse im Konflikt zwischen Georgien einerseits und Abchasien, Südossetien sowie auch Rußland nachdenken, so hat sich die internationale Situation im Kaukasus seit dem neuerlich Krieg drastisch verändert. Rußland kann und wird nicht mehr von der Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden Kleinstaaten und seiner militärischen Sicherheitsgarantien für sie abrücken. Der Westen beharrt weiterhin auf der territorialen Integrität Georgiens, wobei er wissen mußte, daß eine gewaltsame Wiedervereinigung Georgiens, sollte Rußland zu schwach werden, Abchasien und Südossetien zu verteidigen, nur um den Preis des Völkermords und der Vertreibung der Abchasen und Südosseten aus ihren Siedlungsgebieten möglich wäre. Würde Georgien demnächst ohne eine Regelung des Streits um die beiden De-facto-Staaten in die NATO aufgenommen werden, so würde ein höchst gefährlicher Dauerkonflikt mit Rußland institutionalisiert, möglicherweise auch in die NATO-Strukturen selbst, zwischen denjenigen Staaten und politischen Parteien einerseits, die Rußlands Machtsphäre unbedingt weiter einschränken wollen und denjenigen andererseits, die die Kooperation mit Rußland zur Herstellung einer stabilen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung für unerläßlich halten. Unvermeidlich würde auch die Konsensbildung bei der Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Ausformung der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU durch die Institutionalisierung eines Dauerkonflikts mit Rußland auf der Bündnisebene wahrscheinlich nicht nur erschwert, sondern grundsätzlich torpediert, es sei denn, Deutschland, Frankreich und andere

EU-Staaten gäben ihre bisherigen sicherheits- und energiepolitischen Vorstellungen für Europa gänzlich auf und ließen sich auf eine harsche Konfrontationspolitik mit Rußland ein.

Nach den ersten Wochen der wechselseitigen Droh- und Konfrontationsrhetorik hat sich derzeit, Anfang November 2008, die Lage beruhigt. Die EU hat eine relativ große Beobachtergruppe von 225 Personen nach Georgien entsandt, mit dem Mandat für Gesamtgeorgien; sie hat aber gleichzeitig hingenommen, daß die Beobachter keinen Zutritt in Südossetien und Abchasien erhalten. Rußland hat seinerseits bisher nicht an den Mandaten von UNOMIG beiderseits der abchasisch-kerngeorgischen und der OSZE beiderseits der südossetisch-kerngeorgischen Grenze gerüttelt. Alle Konfliktparteien in der Region scheinen auf den neuen US-Präsidenten und seine eventuellen Kurskorrekturen in der US-amerikanischen Kaukasuspolitik zu warten. Zwar ist die Kritik an der abenteuerlichen Rußland- und Kriegspolitik des Präsidenten Saakaschwili in Georgien gewachsen, aber ein Macht- und Kurswechsel scheint dort nicht anzustehen.

Zur Konfrontations- und zur Stillhaltepolitik aufgrund des neuen politisch-militärischen Status quo gibt es eine Alternative: eine einvernehmliche Frontbegradigung zwischen Georgien und Rußland, die die Möglichkeit eröffnet, die gesamte Kaukasus-Region zu befrieden und dort auch eine Konfliktlösung für den dritten, in vieler Hinsicht den gefährlichsten der drei „eingefrorenen Konflikte“ zu suchen. Der Konflikt um Bergkarabach, das zwar mit 4.400 qkm und mit ehemals 190.000 Einwohnern (1991) kleiner als Abchasien ist, ist der gefährlichste, weil die Konfliktparteien militärisch eher gleich stark sind und ein neuerlicher Krieg deshalb mit größter Wahrscheinlichkeit äußerst langwierig, verlustreich und bald von beiden Seiten mit barbarischen Mitteln geführt werden würde, also ganz anders als bei den asymmetrischen militärischen Machtverhältnissen zwischen Georgien und Rußland. Zudem würde lange unklar bleiben, ob und wie Rußland sich für eine Verteidigung Bergkarabachs und Armeniens im Falle eines kriegerischen Versuchs Aserbaidshans, seine territoriale Integrität wiederherzustellen, engagieren würde. Auffallend ist, daß sich alle Parteien im Bergkarabachkonflikt in und während des Augustkrieges klug in Wort und Tat zurückgehalten haben. Rußland hat nach der westlichen Anerkennung Kosovos nie mit der Anerkennung Bergkarabachs, nur mit der von Abchasien und Südossetien gedroht und sieht offenbar auch heute keinen Grund, in den drei Fällen der Anerkennung von De-facto-Staaten Präzedenzfälle für Bergkarabach oder auch nur Transnistrien zu ziehen. Aserbaidshan honorierte die Zurückhaltung Rußlands in diesem Streitfall seinerseits, indem es Rußlands Vorgehen in Georgien nicht kritisierte und sich nicht wie die Ukraine offen mit Tiflis solidarisierte. Umgekehrt sah auch

Armenien in den drei einseitigen Anerkennungen von De-facto-Staaten einen Anlaß, ebenfalls einseitig Bergkarabach anzuerkennen, wohlwissend, daß es damit einen Krieg mit Aserbaidschan und erheblichen Widerstand von seiten der Türkei, der USA und der EU riskieren würde. Seltsamerweise wird in den Medien auch nicht registriert, daß sich die geopolitische Lage Armeniens durch den Augustkrieg drastisch verändert hat. Rußland hat keinen direkten Zugang zu Armenien mehr, der nicht durch Aserbaidschan oder Georgien unterbunden werden könnte. Hilfslieferungen ziviler wie militärischer Art von Rußland an Armenien müßten im Spannungs- oder Kriegsfall über den Iran erfolgen. Es ist deswegen offenbar kein Zufall, daß Armenien und die Türkei auf der politisch-symbolischen Ebene Kooperation durch den erstmaligen Besuch des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül in Jerewan anlässlich eines Fußball-WM-Qualifikationsspieles demonstrierten. Betrachtet man die strategische Gesamtsituation im Südkaukasus, so muß Rußland als der eigentliche Verlierer des Augustkrieges angesehen werden. Es hat zwar seine Machtposition in Abchasien und Südossetien ausgebaut, aber damit jedes Druckmittel auf Georgien verloren, das es damit endgültig so oder so an den Westen verloren hat. Auch eine georgische Regierung nach Saakaschwili kann zwar kooperative Elemente einer neuen Rußlandpolitik entwickeln, aber nur auf der Basis einer grundsätzlichen formellen oder auch vorerst nur wenig formellen Einbindung Georgiens in den Westen. Dadurch ist Armenien geopolitisch isoliert und hat längerfristig keine andere Wahl mehr, als die Bindungen an Rußland zu lockern und ein Einvernehmen mit dem Westen, der Türkei und damit auch irgendwie mit Aserbaidschan anzustreben. Damit ist ein verstärktes europäisches und US-amerikanisches Konfliktmanagement im Bergkarabachkonflikt gefordert, das sowohl die wichtigsten fundamentalen und unverzichtbaren Interessen Armeniens als auch Aserbaidschans berücksichtigt. Ein bloßes Abwarten und Hoffen auf ewigen Winter im „eingefrorenen“ Bergkarabachkonflikt wäre nicht nur für die unmittelbaren Konfliktparteien, sondern zunehmend auch für die EU und die USA höchst fatal.

## **5 Wechselseitige Anerkennung der einseitigen Anerkennungen**

Welche Konfliktregulierung ist nunmehr nach dem Augustkrieg in Georgien für die Kaukasus-Region sowie für die angespannten Rußland-NATO-Beziehungen denkbar, vorausgesetzt, die Konfliktparteien spekulieren nicht auf einseitige Gewinne in begrenzter Konfrontation mit gelegentlichen Kleinkriegen wie den Augustkrieg, ferner vorausgesetzt, die Konfliktparteien lassen sich nicht zum Nichtstun und Abwarten verführen, weil der Status quo nicht änderbar sei. Seit 1999 hatte der Westen an der Fiktion festgehalten, daß ein demokratisches Kosovo in

ein demokratisches Serbien reintegrierbar sei, bis er diese Fiktion Ende 2007 aufgab und bald danach die Anerkennung des unabhängigen Staates Kosovo vollzog. Bislang haben sich nur oder auch immerhin 51 von 192 Staaten zu diesem Schritt entschlossen, Rußland aber nicht. Rußland war bislang die einzige Hoffnung Serbiens, die Unabhängigkeit Kosovos noch vereiteln zu können. Die Volksrepublik China kann in dieser Sache kaum ein Rückhalt sein, auch wenn es vermutlich noch lange die Aufnahme des Kosovos in die Vereinten Nationen verhindern wird, zumindest solange Kosovo nicht von Serbien anerkannt worden ist. Abchasien und Südossetien wurden bisher nur von Rußland und Nicaragua anerkannt; vermutlich werden vorerst nur wenige andere Staaten diesem Beispiel folgen.

Die lange Nichtanerkennung von Staaten, die sich von anderen Staaten abspalteten, hat Tradition. Aber meist folgte dann irgendwann doch die Anerkennung, falls dann nicht noch eine kriegerische Wiedervereinigung stattfand. Eine friedliche Wiedervereinigung war bisher wohl nur noch bei gespaltenen Staaten einer Ethnonation möglich, nicht aber von getrennten Nationalstaaten. Eine Wiedervereinigung Zyperns in der Form einer binationalen Föderation wäre offenbar ein Novum in der bisherigen Geschichte, ist aber wohl auch nur unter dem Schirm einer gemeinsamen EU-Mitgliedschaft möglich. Das Beharren auf territorialer Integrität Serbiens und Georgiens trotz effektiver Abspaltung und De-facto-Staatlichkeit Kosovos, Abchasiens und Südossetiens mag sich auf starke völkerrechtliche Argumente stützen, ist aber politisch und faktisch ein Programm für fürchterlichen ethnonationalen Krieg und Völkermord. Das spricht dafür, in diesen Fällen nicht die Politik der vorherrschenden völkerrechtlichen Situation anzupassen, sondern umgekehrt die notwendigen völkerrechtlichen Akte zur Anerkennung der faktischen politischen Separation zu vollziehen.

Es ist völlig unrealistisch, daß dies heute oder morgen geschieht. Aber das Übermorgen muß schon heute vorbereitet werden. Rußland und die NATO sollten sich darauf einstellen, daß sie eines Tages ihre einseitigen Anerkennungen Kosovos, Abchasiens und Südossetiens durch wechselseitige Anerkennungen ablösen, was nur möglich ist, wenn der Westen sowohl Serbien als auch Georgien die Anerkennung der drei De-facto-Staaten attraktiv macht, z. B. durch ökonomische Vergünstigungen und die Aufnahme in die EU und NATO. Rußland könnte eine Frontbegradigung im Kaukasus, also die Aufnahme von Kerngeorgien in die NATO und längerfristig auch in die EU nur akzeptieren, wenn die NATO-Rußland-Kooperation auf eine solidere, institutionelle Basis als bisher gestellt würde, was sicher nicht einfach ist.

Ein Plädoyer für die Anerkennung der erwähnten drei De-facto-Staaten muß eine Antwort auf das Bedürfnis finden, daß diese Anerkennung nicht Vorschub zur Anerkennung anderer De-

facto-Staaten, vor allem aber zur Förderung weiterer separatistischer Bestrebungen schafft. Eine Politik der wechselseitigen Anerkennung der drei De-facto-Staaten ist nur durchführbar, wenn gleichzeitig mit einer erfolgreichen Wiedervereinigung Zyperns ein wichtiger Gegenimpuls gegen ausufernden Separatismus geschaffen wird, fernerhin ernsthaftere und nachhaltigere, gemeinsame Anstrengungen Rußlands und der NATO in Hinblick auf Kompromisse im Bergkarabach- und im Transnistrienkonflikt unternommen werden. Schließlich fehlt es noch immer an einer glaubwürdigen und tatkräftigen Alternative zum nationalen Separatismus in den Staaten, in denen die Machtverhältnisse zwar keine Bildung von De-facto-Staaten erlauben, wohl aber periodische oder auch permanente gewaltsame Unruhen und ethnonational motivierten Terrorismus, in Europa vom Baskenland bis Tschetschenien, in der übrigen Welt von Palästina über Kaschmir bis Tibet.

## **6 Die zukünftige Gefahr eines erneuten gefährlichen Auftauens „eingefrorener Konflikte“ im Südkaukasus**

Der Augustkrieg in Georgien hat nichts an der Tatsache geändert, daß vorerst der Abchasien- und der Südossetienkonflikt ein „eingefrorener Konflikt“ bleibt, wenn auch einer unter wesentlich veränderten Bedingungen. Er vergiftet nicht nur die Beziehungen zwischen Georgien und Rußland und hält einen hohen Grad an Spannungen in der gesamten Kaukasus-Region aufrecht, auch innerhalb Rußlands selbst, er bleibt vorerst ein Stachel in den Beziehungen zwischen Rußland und dem gesamten Westen. Er beeinflusst erheblich die Beziehungen im Baltikum zwischen Russen einerseits und Esten und Letten andererseits und noch mehr die Beziehungen zwischen den Regionen, Ethnien und den politischen Parteien in der Ukraine. Nicht auszuschließen ist, daß sich russische Separatisten auf der Krim und in der Ostukraine gefährliche Hoffnungen auf eine Revision der rußländischen Krimpolitik machen, die bereits vor Jahren mit der Ukraine rechtsverbindliche Regeln für die Auflösung der ehemaligen sowjetischen Marine und Marinestützpunkte gefunden hatte und die zur eindeutigen Anerkennung der Grenzen zwischen der Ukraine und Rußland führte. Auch die Präsidenten Putin und Medwedew haben keinen Zweifel an der Gültigkeit der entsprechenden Verträge gelassen und den Unterschied zur früher ungeklärten Situation in Georgien hervorgehoben.

Insofern waren die aufgeregten Spekulationen in den westlichen Medien über ein neuerliches imperiales Ausgreifen in Richtung Ukraine und Baltikum völlig grundlos und in gewisser Weise auch unverantwortlich, selbst wenn es gelang, russische national-imperial extremistische Stimmen aus Moskau und anderswo zu zitieren, die durch das Vorgehen Rußlands im

Südkaucasus ermuntert wurden. Entscheidend ist, daß die rußländischen Präsidenten und die Machtelite in Moskau keinen Anlaß dafür bieten, daß Rußland zu einer territorial expansiven Politik übergehen wird. Als der südossetische Präsident Kokojty voreilig die Vereinigung Südossetiens mit Nordossetien ankündigte, wurde er rasch von Moskau zurückgepfiffen. Rußland dürfte noch lange Zeit keinen Grund haben, die faktische Vereinigung Südossetiens mit Rußland auch rechtlich zu untermauern. Erst eine erneute, tiefgreifende Verschlechterung der Situation im Kaukasus könnte einen solchen Schritt Rußlands nach sich ziehen.

Die Vertreibung der wenigen georgischen Soldaten und Zivilisten aus Teilen Abchasiens und vor allem Südossetiens hat eindeutigere faktische Grenzen, die mit den Grenzen der ehemaligen Gebietseinheiten übereinstimmen, geschaffen. Sie hat gleichzeitig der gemeinsamen Friedenstruppe in Südossetien und der GUS-Friedenstruppe den Boden entzogen, so daß Rußland in den nächsten Monaten wohl eine Revision der VN- und OSZE-Mandate betreiben oder ihre Verlängerung verhindern wird. Die EU-Beobachtergruppe dürfte faktisch wohl die Aufgaben erfüllen, die Rußland von ihr erwartet, nämlich die Warnung vor einem neuerlichen Versuch der georgischen Regierung, die territoriale Integrität des Landes mit Gewalt zu erzwingen. Gleichwohl dürfte die EU an der Fiktion festhalten, daß sie ein Mandat für die Beobachtung des Waffenstillstandes in der gesamten georgischen Konfliktregion hat.

Unübersehbar zeigte sich im Westen eine Spaltung in der Frage der Haltung gegenüber Rußland. Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Länder verfolgten einen Kurs der gemäßigten Kritik und Sanktionen gegenüber Rußland, Polen, die baltischen Staaten und Tschechien sahen sich selbst durch Rußland als bedroht an und forderten mit Schweden und Großbritannien eine härtere Gangart gegenüber Rußland, wurden aber hierin nicht sehr konkret. Vor allem forderten sie eine rasche Aufnahme Georgiens in die NATO. Im Schatten des Augustkrieges ging die Unterzeichnung des bilateralen Vertrages über die Stationierung US-amerikanischer Abwehrraketen in Polen problemlos über die Bühne. Schließlich einigte man sich in beiden westlichen Bündnissen auf eine Aussetzung des NATO-Rußland-Rates (am 19. August) und eine Vertagung eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der EU mit Rußland (am 1. September). Während sich die USA um keine Vermittlung im Konflikt zwischen Georgien und Rußland engagierten, setzte sich Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Vertretung der EU in der zweiten Jahreshälfte 2008 sehr nachdrücklich für ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Georgien und Rußland ein, das den Rückzug der rußländischen Truppen aus Kerngeorgien bis zum 10. Oktober vorsah, was dann auch geschah, nachdem die EU-Beobachtergruppe ihre Tätigkeit in den Grenzgebieten aufgenommen hatte.